

# Leipziger Tageblatt

und

## Anzeiger.

N<sup>o</sup> 137.

Freitag den 17. Mai.

1850.

### Landtag.

Öffentliche Sitzung der zweiten Kammer  
am 15. Mai.

Unter den Eingängen befand sich nichts von Belang und die der Berathung vorliegenden Gegenstände — eine Anzahl von Bittschriften — wurden sehr bald und fast ohne Discussion erledigt, zuerst eine Petition des Lohgerbermeisters und Hausbesizers Schlegel zu Wernsdorf, über welche Abg. Haubold berichtete, und welche, wie die erste Kammer bereits gethan, an die Staatsregierung „zur thunlichsten Berücksichtigung“ abgegeben wurde. Ein Bericht über ein Gesuch Carl Gotthelf Jüngers zu Falkenberg um Entschädigung für den Verlust eines vom Staate erkauften Jagdrechts (Berichterstatter Nake) gab Gelegenheit zu einigen pikanten Bemerkungen für und gegen die unentgeltliche Aufhebung des Jagdrechts. Der Ausschuss sprach sich zu Gunsten der letztern aus und beantragte, die Petition auf sich beruhen zu lassen, welche Meinung Vicepr. Held vom Standpunkte des Rechts vertheidigte. Baumgarten wünschte jedoch, eine Beschlussfassung über den „zweifelhaften“ Gegenstand zu verschieben, bis man in der ersten Kammer über einen auf diese Angelegenheit bezüglichen Antrag Graichens berathen und Beschluss gefasst haben werde, welcher Vorschlag von den Abgg. Harkort und von Friesen lebhaft empfohlen wurde. Bei dieser Gelegenheit nannte jener die summarische unentgeltliche Aufhebung des Jagdrechts einen „Flecken in unserer Gesetzgebung“ und „einen Act summarischer Ungerechtigkeit.“ In ähnlichem Sinne äußerte sich von Friesen, worauf Abg. Wigard die gegentheilige Erklärung abgab: er halte die unentgeltliche Aufhebung des Jagdrechts für einen „Act summarischer Gerechtigkeit,“ und der Referent im Schlusswort wihig replicirte, der Abg. von Friesen habe aus der Publication der Grundrechte deren Nichtigkeit gefolgert. Hierauf wurde der Baumgartner'sche Vorschlag mit großer Majorität abgelehnt und der Ausschusantrag gegen 5 Stimmen angenommen. Nach Erledigung dieses Gegenstandes wurde noch über eine Beschwerde des Pfarrers Thieme zu Weissenborn wegen Steuerbedrückung von Trentmann und über mehrere Petitionen, welche die Theilbarkeit des Grundeigenthums betrafen, von Nake Bericht erstattet. Die Beschwerde ward als unbegründet zurückgelegt und bei den Petitionen, gleichfalls ohne Debatte, der Ausschusantrag, „dieselben an die erste Kammer zur Berücksichtigung bei der Berathung über den Dehmich'schen Gesetzentwurf abzugeben,“ einstimmig genehmigt. Da die Einbringung des letztern nächstens bevorsteht, so enthielt man sich eines Eingehens auf das Materielle des Gegenstandes, das einer spätern Besprechung vorbehalten bleibt. Schließlich kündigte der Präsident an, daß mehrere wichtige Berichte (z. B. über das Militärbudget, das Budget des Finanzministeriums u. s. f.) eingegangen, welche in der nächsten Zeit die Kammer sehr in Anspruch nehmen würden. Morgen wird die Berathung über den Entwurf des Berggesetzes begonnen.

### Splitter und Balken.

Wie die Schiffmannschaft eines led gewordenen, vom Sturme gepörschten Fahrzeuges sich nach einem sichern Hafen sehnt, so sehnen die Deutschen sich nach einem festgegliederten politischen Bunde und können dieses Ziel gleichwohl nicht erreichen. Es gewinnt sogar den Anschein, als sollte die innere Zerissenheit immer größer, der theilweise Bruch zwischen Nord- und Süddeutschland

immer unheilbarer werden. Gleichwohl rückt die Gefahr täglich näher und es wird die höchste Zeit, sich zu verständigen, um wenigstens nach außen hin an Stärke, Macht und Einheit zu gewinnen.

In dieser trostlosen Verwirrung, zu welcher die politischen Kirchenversammlungen in Frankfurt und Erfurt nicht wenig beigetragen haben, blickt man vergebens nach dem Retter in der Noth, sucht ihn aber nicht da, wo er gesucht werden sollte. Die deutsche Einigung ist einem mächtigen Strome zu vergleichen, der aus vielen tausend Quellen gebildet wird und nur durch deren Ergießigkeit seine Größe und Bedeutung erhalten kann. Diese Quellen sind über alle deutsche Länder vertheilt und die Regierungen haben sie in größere Behälter zu fassen und dem Hauptbette zuzuleiten, zur Erleichterung des Abflusses aber auch mancherlei Correctionen vorzunehmen. Die eigentlichen Quellen der deutschen Einigung entspringen in unsern Köpfen und Herzen; sie geben sich als Ideen, Ansichten und Behauptungen kund, welche meist durch die Sonderinteressen der Einzelnen zu Tage gefördert werden. Darin liegt das Hauptübel.

Der Mensch soll nach einem Ideale streben; das ist für ihn die höchste Aufgabe. Aber Reichs- und Landesverfassungen mit einer Gesetzgebung, welche eine Bevölkerung mit engelgleichen Menschen voraussetzt und von den vorhandenen dämonischen Wesen keine Notiz nimmt, sind kein preiswürdiges Ziel. Die große Mehrheit der Verständigen ist daher schon längst der politischen Kirchthurms-Bettreibern herzlich müde und blickt auf die ehrgeizigen Thoren mit einer Mischung von Mitleid und Unwillen herab. Man ist der festen Ueberzeugung, daß auf diesem Wege kein Heil erblühen könne, und daß eine Einigung über die materiellen Interessen der deutschen Völker der politischen Einigung vorzuziehen müsse; das anderweitige Nöthige findet sich dann gleichsam von selbst. Die Erleichterung des internationalen Verkehrs in jeglicher Beziehung wird die Berührungspunkte mit den deutschen Nachbarvölkern vervielfältigen und die hier oder dort wahrgenommene Abneigung allmählig in Zuneigung verwandeln.

Dem deutschen Postwesen war die Ehre vorbehalten, in dem Streben nach Einigung voranzugehen, und schon in wenigen Wochen wird man der dadurch erlangten Vortheile für den Correspondenzverkehr theilhaftig sein. Das Zoll- und Steuerwesen sollte nun zunächst an die Reihe kommen, was sachgemäß auch eine Einigung über Münzen, Maß und Gewicht zur Folge haben müßte. Aber hier macht sich das Sondergelüste und Privatinteresse in sehr bedauerlicher Weise geltend, und es sind nicht etwa die einzelnen Staaten von Nord- oder Süddeutschland, welche sich sträuben, zum Heile des großen Ganzen einige Vortheile zu opfern, wofür sie auf andere Weise genügenden Ersatz finden dürften, sondern es sind einflussreiche Persönlichkeiten des Handels- und Gewerbestandes, die ihr zeitweiliges Privatinteresse höher achten, als das große bundesstaatliche Interesse. Dadurch werden den Bestrebungen für nationale Einigung viel Steine ins Weg gelegt, und da die Regierungen heutigen Tags in großer Abhängigkeit von den Kammerbeschlüssen sind, steht kaum zu erwarten, daß sie die Macht haben werden, jene Hindernisse zu beseitigen.

Die Widerstrebenden wollen das freilich nicht eingestehen und suchen alle Schuld auf die Regierungen zu wälzen, denen sie die Beförderung dynastischer Interessen vorwerfen. Das ist allerdings eine bequeme Entschuldigung. Hat man aber auch bedacht, daß, wenn ein Fürst sich seiner Souveränitätsrechte entäußern wollte, die Nachtheile weit mehr das Volk, als ihn selbst, treffen wöl-